

Geschäftsbericht Sparda-Bank Hannover eG



Inhaltsverzeichnis

Bericht des Vorstandes	4
Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!	6
Organe	7
Ein Partner für die Zukunft	8
Wir sind für Sie da!	9
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025	10
Bericht des Aufsichtsrates	27
Jahresabschluss 2025	29
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	46
Dankeschön	52
Unsere Standorte	53
Impressum	54

Bericht des Vorstandes

Positive Entwicklung: Bilanzsumme steigt deutlich!

Das Geschäftsjahr 2025 haben wir mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Der Jahresüberschuss betrug 7,7 Millionen Euro und die Bilanzsumme stieg auf 5,8 Milliarden Euro.

Rund 230.000 Kundinnen und Kunden vertrauten unserem von Solidität und Kontinuität geprägten genossenschaftlichen Geschäftsmodell.

Die Kundeneinlagen verzeichneten einen deutlichen Zuwachs um 14 Prozent auf 5,2 Milliarden Euro. Damit wurde der im Rahmen der Prognose erwartete Wert übertroffen. Auch die Kundenforderungen entwickelten sich erfreulich. Aufgrund unserer fairen Konditionen und der kompetenten Beratung zeichnete uns die Zeitschrift FOCUS MONEY wie schon in den Vorjahren als einen der fairsten Baufinanzierer aus.



Auf 5,8 Milliarden Euro
stieg unsere Bilanzsumme im Jahr 2025.

4,5 Prozent Dividende
erhalten unsere Mitglieder für
das Geschäftsjahr 2025.



Im Jahr 2025 beschäftigten wir durchschnittlich 419 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 22 Auszubildende.

Der Provisionsüberschuss ging leicht zurück auf 18,6 Millionen Euro. Die Provisionserträge konnten mit 27 Millionen Euro nahezu gehalten werden.

Der Jahresüberschuss ermöglicht eine Dividende von 4,5 Prozent und eine angemessene Dotierung der offenen Rücklagen. Die Gesamtkapitalquote lag per 31. Dezember 2025 bei 20,2 Prozent. Die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kennzahlen erfüllen wir umfassend.

237 Vollzeitbeschäftigte und
182 Teilzeitbeschäftigte
das heißt 419 Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter waren 2025 durch-
schnittlich bei uns beschäftigt.



7,7 Millionen Euro
betrug unser Jahresüberschuss Ende 2025.

Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!



Der Vorstand 2025 von links nach rechts: Niclas Bychowski, Jochen Ramakers (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), André-Christian Rump (Vorstandsvorsitzender)

Freundlich und fair.

Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Kundinnen, Kunden und Mitglieder,

das Jahr 2025 begann mit Zuversicht. Die angekündigten Investitionen der neuen Bundesregierung in Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz ließen auf eine wirtschaftliche Belebung hoffen. Diese blieb jedoch aus. Weltwirtschaftliche Unsicherheiten und anhaltende strukturelle Herausforderungen in Deutschland bremsen die wirtschaftliche Entwicklung.

In diesem Umfeld ist es uns dennoch gelungen, unsere Bilanzsumme deutlich zu steigern. Sowohl die Kundeneinlagen als auch die Kundenforderungen entwickelten sich erfreulich. Über dieses Vertrauen unserer Kundinnen und Kunden freuen wir uns sehr.

Deshalb setzen wir auch weiterhin auf das persönliche Miteinander auf unterschiedlichen Kontaktwegen. Freundlich und fair, wie Sie es von uns kennen.

Herzliche Grüße
Ihr Vorstand der Sparda-Bank Hannover eG

Organe

Vorstand

André-Christian Rump (Vorstandsvorsitzender)

Jochen Ramakers (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)

Niclas Bychowski (Vorstandsmitglied)

Aufsichtsrat bis 17. Juni 2025

Susanne Steinert (Aufsichtsratsvorsitzende), Sven Hitz (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), Katrin Becker, Jörg Dreyer, Jürgen Goldberg (bis 31. März 2025), Thomas Hermann, Torsten Rathsmann, Prof. Dr. Bodo von Rüden, Dominic Sauer

Die Vertreterversammlung besteht aus 181 Mitgliedervertretern.

Aufsichtsrat ab 17. Juni 2025



Susanne Steinert
Aufsichtsratsvorsitzende



Sven Hitz
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender



Katrin Becker



Tina Bohnsack



Jörg Dreyer



Thomas Hermann



Torsten Rathsmann



Prof. Dr. Bodo von Rüden



Dominic Sauer

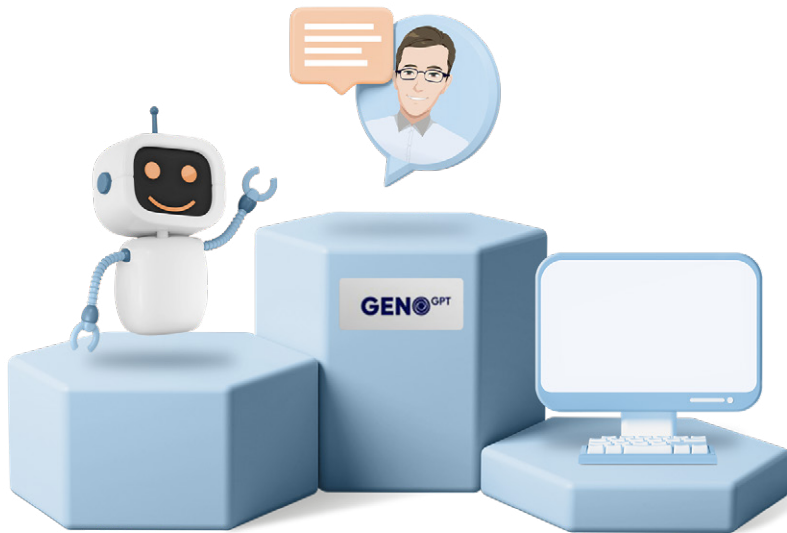
Die Vertreterversammlung besteht aus 181 Mitgliedervertretern.

Verbandszugehörigkeit

Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt/Main

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin

Ein Partner für die Zukunft



Unser Weg mit Künstlicher Intelligenz

Mit dem Aufbau eines eigenen KI-Bereiches haben wir 2025 einen wichtigen Grundstein für die Zukunft gelegt.

Unser ChatBot Hanno beantwortet mithilfe der generativen KI die Fragen unserer Kundinnen und Kunden rund um die Uhr.

Auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit umfassenden Online-Schulungen den Einstieg in das Thema erhalten. Damit haben wir die Basis für die Einführung unseres internen KI-Assistenten GenoGPT geschaffen.

Wichtig ist uns dabei, die innovative Technologie mit unserem hohen Anspruch an Service und Datenschutz zu verbinden.

Nachhaltiges Engagement für Umwelt und Region

Die STIFTUNG Sparda-Bank Hannover hat 2025 insgesamt 170 Projekte mit rund 900.000 Euro gefördert. Ein Schwerpunkt lag auf der Renaturierung des Moores: Durch Torfmoosvermehrung, Monitoring und Wiedervernässung trägt die Stiftung dazu bei, Lebensräume zu erhalten und Klimaschutz zu stärken.

Ein weiteres Highlight war die Aktion „Traumspielpark“. In Gehrden entstand mit einer Förderung von 150.000 Euro ein moderner, barrierearmer Spielplatz, der Inklusion mitdenkt.



Wir sind für Sie da!

Barrierefreiheit für alle

Mit dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz haben wir unsere Webseite, die Apps sowie unsere Geldautomaten barrierefrei gestaltet. So ermöglichen wir allen Menschen uneingeschränkten Zugang zu unseren Informationen, Services und Angeboten.



Moderne Standorte und starke regionale Verbundenheit

Unsere Standorte in Lehrte, Wolfsburg und Minden bieten durch neu gestaltete Räume eine moderne, einladende Atmosphäre. Klare Linien, warme Farben und Holzoptik schaffen eine angenehme Umgebung für Service und Beratung. Damit unterstreichen wir unsere Nähe zur Region und die Bedeutung des persönlichen Kontakts.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

der Sparda-Bank Hannover eG
Hannover

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Hannover eG ist eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Rentner und sonstige Privatpersonen. Die Produktpalette ist an den Kunden ausgerichtet. Die Sparda-Bank Hannover eG bietet zielgerichtete Produkte für den Zahlungsverkehr und insbesondere für die von den Kunden nachgefragten Bereiche Bauen und Wohnen sowie Geldanlage und Vorsorge an. Die Kunden stammen nahezu ausschließlich aus dem Einzugsbereich der Bank. Das Geschäftsgebiet der Bank erstreckt sich auf Teile von Niedersachsen sowie Ostwestfalen-Lippe und das Bundesland Bremen. Die Genossenschaft betreut über die digitalen Wege auch Mitglieder und Kunden außerhalb des Kerngeschäftsgebietes.

Die Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 Prozent, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 Prozent beziehungsweise 0,5 Prozent gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 Prozent verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 Prozent und damit in gleichem Maße wie 2024.

Zwar hat sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten – unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik – und anhaltenden inländischen Strukturproblemen – wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit – dämpfte die Konjunktur.

Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,6 Prozent etwas stärker zu als 2024 (+0,5 Prozent), auch wegen nachlassender Inflationssorgen. Allgemein dämpften hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragsätze die Ausgabenbereitschaft.

Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates abermals stärker, wenn auch mit 1,3 Prozent etwas schwächer. Treibende Faktoren waren hier unter anderem die weiter zunehmenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt lieferten die Konsumausgaben mit 1,1 Prozentpunkten abermals den größten Wachstumsbeitrag zum Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes.

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen

Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3 Prozent.

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 Prozent zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 Prozent im September und 1,8 Prozent im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 Prozent der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 Prozent). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 Prozent), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 Prozent) sowie Gaststättendienstleistungen (+4,0 Prozent) mussten die Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 Prozent (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 Prozent nach +1,4 Prozent im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (–2,4 Prozent nach –3,2 Prozent) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau der geldpolitisch relevanten Einlagefazilität von 3,0 Prozent. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 Prozent, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 Prozent. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100 Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 Prozent (Einlagefazilität), 2,15 Prozent (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 Prozent (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit lag der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 Prozent. Die Inflationsrisiken scheinen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestehen etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euros, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestehen durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hannover eG

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Bilanzsumme	5.849.977	5.216.227	+	633.750	12,1
Außerbilanzielle Geschäfte	1.751.321	1.617.975	+	133.346	8,2

Der erfolgreiche Absatz der Kundeneinlageprodukte sorgte für einen außergewöhnlich starken Anstieg der Bilanzsumme, der deutlich über den Prognosewerten für das Jahr 2025 lag.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1.049 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 137.273 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 1.613.000 TEUR zusammensetzen, sind ebenfalls deutlich gestiegen. Hier wurden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos weitere Absicherungen über Derivate vorgenommen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Kundenforderungen	3.125.665	3.003.737	+	121.928	4,1
Wertpapiere	998.003	882.187	+	115.816	13,1
Forderungen an Kreditinstitute	1.624.763	1.246.574	+	378.189	30,3

Im Berichtsjahr verzeichnete die Sparda-Bank Hannover eG erneut einen Anstieg der Forderungen an Kunden. Dieser Zuwachs resultiert maßgeblich aus der starken Nachfrage nach den Kundendarlehen, die aus eigenen Mitteln vergeben werden konnten. Infolgedessen erhöhte sich die entsprechende Bilanzposition um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Damit wurde die Prognose für das Geschäftsjahr übertroffen.

Die aus dem Passivgeschäft mit Kunden generierte Liquidität stand im Berichtsjahr in hohem Maße zur Verfügung. Soweit diese Mittel nicht unmittelbar für die Vergabe neuer Kundendarlehen benötigt wurden, hat die Bank sie gezielt zur Optimierung der Anlagenstruktur eingesetzt. Ein wesentlicher Teil der überschüssigen Liquidität wurde in Form von Termingeldanlagen bei Kreditinstituten sowie in festverzinsliche Wertpapiere investiert.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	165.844	167.926	-	2.082	1,2
Spareinlagen von Kunden	762.241	885.788	-	123.547	13,9
andere Einlagen von Kunden	4.399.660	3.640.595	+	759.065	20,9

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten primär Refinanzierungsmittel für das Kundengeschäft. Diese haben sich weiter verringert.

Im Berichtsjahr verzeichneten die Kundeneinlagen einen deutlichen Zuwachs: Nach einem Anstieg von 3,2 Prozent im Vorjahr erhöhten sie sich im Berichtszeitraum nochmals kräftig um 14,0 Prozent. Damit wurde der im Rahmen der Prognose erwartete Wert deutlich übertroffen.

Der Bestand an Spareinlagen setzte seinen rückläufigen Trend fort.

Die übrigen Kundeneinlagen gliedern sich in täglich fällige Verbindlichkeiten, die um 7,3 Prozent zunahmen, sowie in Verbindlichkeiten mit festen Laufzeiten, die ein Wachstum von 51,1 Prozent verzeichneten. Beide Positionen entwickelten sich somit sehr positiv.

Der Anstieg der täglich fälligen Verbindlichkeiten ist maßgeblich auf eine Aktion der Bank für neues Geld im Produkt SpardaCash zurückzuführen, die im ersten Halbjahr 2025 durchgeführt wurde und bei den Kunden auf eine erfreulich hohe Resonanz stieß.

Noch stärker war die Nachfrage nach den Anlageprodukten mit festen Laufzeiten. Insbesondere die Aktionsprodukte im Bereich der Termingelder mit unterschiedlichen Laufzeiten führten zu einer deutlichen Steigerung des Bestandes. Infolgedessen verzeichnete die Bank bei den sonstigen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit ein signifikantes Wachstum.

Diese Entwicklungen unterstreichen das Vertrauen der Kunden in die Bank.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	7.991	7.370	+	621	8,4
andere Vermittlungserträge	2.045	2.389	-	344	14,4
Erträge aus Zahlungsverkehr	16.757	17.014	-	257	1,5

Die Zusammenarbeit mit der Union Investment hat sich weiterhin positiv auf das Dienstleistungsgeschäft ausgewirkt. Insbesondere die Erlöse aus Produkten der Vermögensverwaltung und UnionDepotKomfort sind in diesem Zusammenhang gestiegen.

Die anderen Vermittlungserträge sind insbesondere bei der Nachfrage an Bausparverträgen und Kreditverträgen über EasyCredit leicht gesunken.

Die Erträge aus Kontoführung und Zahlungsverkehr lagen nicht vollständig auf dem Niveau des Vorjahres und gaben etwas nach.

Investitionen

Im Berichtsjahr beliefen sich die Gesamtinvestitionen der Bank auf 5,1 Mio. EUR und lagen damit deutlich über dem Vorjahreswert von 1,8 Mio. EUR.

Ein wesentlicher Teil der Mittel floss in die Modernisierung der Standorte. Hierbei wurden insbesondere in den Filialen Minden (887 TEUR), Wolfsburg (524 TEUR), Göttingen (123 TEUR) und in dem SB-Standort Lehrte (83 TEUR) bauliche Maßnahmen umgesetzt. In der Zentrale der Sparda-Bank Hannover eG am Ernst-August-Platz in Hannover wurde begonnen, den Kundenwartebereich umzugestalten sowie in eine an moderne Raumkonzepte angelehnte Bürofläche zu investieren. Dafür sind Anzahlungen in Höhe von 507 TEUR in der Gesamtsumme der Investitionen enthalten.

Darüber hinaus wurden 1.357 TEUR in die barrierefreie Ausgestaltung der Kundenselbstbedienung investiert, wobei der Austausch von Geldausgabe- und -einzahlungsautomaten im Vordergrund stand.

Mit diesen Investitionen wurde die Infrastruktur der Bank weiter modernisiert und an die aktuellen Anforderungen angepasst.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparda-Bank Hannover eG beschäftigte im Jahr 2025 durchschnittlich 419 Angestellte.

Zum 01. August 2025 wurden acht Auszubildende in ein Berufsausbildungsverhältnis aufgenommen. Insgesamt schlossen vier Auszubildende erfolgreich ihre Ausbildung ab.

Im Jahr 2026 beabsichtigt die Sparda-Bank Hannover eG – je nach Qualifikation der Bewerber – acht bis zehn neue Auszubildende einzustellen.

Frei gewordene und neu entstandene Stellen, inklusive Führungspositionen, konnten – wenn möglich – intern mit eigenem Personal besetzt werden. So haben Mitarbeiter wieder die Chance erhalten, sich weiterzuentwickeln oder ganz neue Aufgabenbereiche zu übernehmen.

Die Führungskräfte, Mitarbeiter und Auszubildenden wurden über insgesamt 410 Seminartage geschult. Die Sparda-Bank Hannover eG hat durchschnittlich rund 1.485 EUR pro Mitarbeiter investiert. Die Schwerpunkte der Qualifizierungsmaßnahmen bildeten Fortbildungen zu rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, Vertiefung des Fachwissens im Wertpapier- und Baufinanzierungsgeschäft, die Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fachkarrieren.

II.3 Lage der Sparda-Bank Hannover eG

II.3.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	61.444	73.158	-	11.714	16,0
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	11.493	-	+	11.493	-
Provisionsüberschuss ²⁾	18.647	18.989	-	342	1,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	2.655	1.924	+	731	38,0
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	35.422	34.172	+	1.250	3,7
b) andere Verwaltungsaufwendungen	31.672	30.552	+	1.120	3,7
Bewertungsergebnis ⁴⁾	420	6.314	-	5.894	93,3
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	26.533	34.942	-	8.409	24,1
Steueraufwand	6.718	11.077	-	4.359	39,4
Jahresüberschuss	7.713	7.562	+	151	2,0

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13–16

Der Rückgang des Zinsüberschusses fiel im Berichtsjahr stärker aus als in der Vorjahresprognose für 2025 erwartet. Ursächlich hierfür war insbesondere die deutliche Bestandssteigerung im passiven Kundengeschäft, die mit besonderen Margen in der Produktgestaltung einherging. Die neu gewonnenen Kundeneinlagen sollen sich in den kommenden Jahren durch eine Intensivierung der Kundenbeziehungen positiv auf die zukünftigen Erträge im Kundengeschäft auswirken. Der daraus resultierende Effekt wurde durch Erträge aus den Anlagen in Spezialfonds kompensiert. Diese entwickelten sich – nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Marktentwicklung – sehr positiv, sodass bei einem Spezialfonds eine Ausschüttung erfolgte.

Der Provisionsüberschuss blieb nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Dass das Vorjahresniveau nicht vollständig gehalten werden konnte, ist unter anderem auf gestiegene Gebühren Dritter im Zahlungsverkehr der Kunden zurückzuführen (BankCard ServiceNetz).

Die Verwaltungsaufwendungen fielen im Berichtsjahr geringer aus als in der Prognose veranschlagt. Geplante Aufwendungen traten entweder nicht oder nur in geringerem Umfang als erwartet ein, sodass der tatsächliche Aufwand das prognostizierte Niveau unterschritt.

Das Bewertungsergebnis blieb – wie prognostiziert – im positiven Bereich. Im Rahmen der Wertpapierbewertung reduzierten sich die im Ergebnis enthaltenen Wertaufholungen gegenüber dem Vorjahr. Im Bereich der Kundenforderungen erfolgte eine Aufstockung der Wertberichtigungen, insbesondere vor dem Hintergrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der wirtschaftlich angespannten Lage in Deutschland.

Im Ergebnis verbleibt ein solider und zufriedenstellender Jahresüberschuss. Dieser ermöglicht der Sparda-Bank Hannover eG bei einer Dividende von 4,5 Prozent eine angemessene Dotierung der Rücklagen.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Unverändert ist eine hohe Liquidität vorhanden, sodass die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr stets gegeben war.

Die liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen, und bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	84.144	76.279	+	7.865	10,3
Rücklagen	170.873	166.584	+	4.289	2,6

Positive Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich sowohl durch Gewinnthesaurierung als auch dem Ausbau der Geschäftsguthaben der Mitglieder. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 215.225 TEUR (Vorjahr 203.122 TEUR).

Die Sparda-Bank Hannover eG verfügt somit unverändert über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,13 Prozent.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 53,4 Prozent. Im Kundenkreditgeschäft findet aufgrund der Kundenstruktur eine Risikostreuung auf viele Einzelkreditnehmer statt.

Der überwiegende Teil der Finanzierungen ist geringer als 400 TEUR. Der prozentuale Anteil dieser Finanzierungen am gesamten Kundenkreditvolumen liegt per 31. Dezember 2025 bei 88,5 Prozent.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Anlagevermögen	445.585	417.934	+	27.651	6,6
Liquiditätsreserve	552.417	464.253	+	88.164	19,0

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 17,1 Prozent an der Bilanzsumme. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Im Anlagevermögen sind nachrangige Anleihen, weitere bestimmte Wertpapiere von Emittenten aus dem genossenschaftlichen Verbund und der Immobilien-Spezialfonds enthalten.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 1.613.000 TEUR eingesetzt. Die Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufes und der Lage

Die Geschäftsentwicklung der Bank war im Berichtsjahr insgesamt positiv. Die Bilanzsumme stieg aufgrund des starken Wachstums bei den Kundeneinlagen deutlich über das prognostizierte Niveau. Auch die Kundenforderungen entwickelten sich erfreulich.

Die unverändert gute Vermögenslage der Bank konnte erneut durch Gewinnthesaurierung, den weiteren Ausbau der Geschäftsguthaben und die Stärkung der Reserven verbessert werden.

Die Ertragslage der Sparda-Bank Hannover eG ist insgesamt als solide und zufriedenstellend zu beurteilen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

III.1.1 Ziele und Strategien

Das Risikomanagement ist für die Sparda-Bank Hannover eG eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Insofern umfassen die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse das komplette Risikomanagement im betriebswirtschaftlichen Sinne einschließlich der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation aller wesentlichen Risiken.

Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient zugleich der Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch eine nachhaltige Geschäfts- und Risikostrategie, die aufzeigt, mit welchen strategischen Zielen und Maßnahmen die langfristige Existenz der Sparda-Bank Hannover eG dauerhaft gesichert werden soll.

III.1.2 Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Alle eingegangenen Geschäfte sind mit Risiken versehen. Die Identifizierung, Limitierung, Messung, Steuerung und Kommunikation dieser Risiken erfolgt im Rahmen des Gesamtbanksteuerungsprozesses, der alle Aktivitäten auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie vereint und gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für Kreditinstitute ausgerichtet ist.

Identifikation

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken.

Im Rahmen der jährlichen oder anlassbezogenen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Sparda-Bank Hannover eG die Risiken, die für die Vermögens- (inklusive Kapitalausstattung), Ertrags- oder Liquiditätslage relevant sind und wesentlich beeinträchtigen können. Die Inventur betrifft ebenfalls die damit verbundenen Inter- und Intra-Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Bewertung

Im Rahmen der Risikoinventur erfolgt die quantitative und qualitative Einstufung der Risikoarten in die aufsichtsrechtlichen Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“. Als wesentliche Risiken wurden folgende Risikokategorien identifiziert:

- Marktpreisrisiken
- Adressenrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken
- Immobilienpreisrisiken
- Beteiligungsrisiken
- Strategische und Geschäftsrisiken (Vertriebs- und Betriebsrisiken)
- Modellrisiken
- ESG-Risiken

Für unwesentliche Risiken wurde eine Risikovorsorge innerhalb der Risikotragfähigkeit getroffen.

Steuerung und Überwachung

Die Risikotragfähigkeit stellt die betriebswirtschaftliche Grundlage der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar. Die Steuerung erfolgt im Rahmen der normativen und ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit.

Zur gezielten Steuerung der Risiken existieren Limite für die einzelnen Risikoarten. Die Risikoermittlung erfolgt im Konfidenzniveau 99,9 Prozent. Zum Stichtag wurde die gesamte Risikotragfähigkeit zu 48,9 Prozent ausgelastet.

In der strategischen Steuerung gemäß Eigengeschäftsstrategie besteht das Ziel der risiko- und ertragsoptimalen Aufteilung und Anlage des Vermögens der Sparda-Bank Hannover eG im Rahmen der strategischen Asset Allokation. Die Steuerung der einzelnen Risiko- und Vermögensklassen ist überwiegend passiv ausgerichtet, das heißt, sie orientiert sich an der gewählten Benchmark. Zur Einhaltung der passiven Ausrichtung wurde ein Abweichungslimit definiert.

Für die strategische Steuerung und Vermögensallokation werden Diversifikationseffekte bewusst genutzt, die im Rahmen der Risikotragfähigkeit aus Vorsichtsgründen ignoriert werden.

Die Risikolage wird dem Vorstand im regelmäßigen Risikobericht aufgezeigt. Der Aufsichtsrat erhält den Risikobericht quartalsweise sowie wesentliche Kennzahlen zur Gesamtbanksteuerung im monatlichen Rhythmus.

Zusätzlich werden bei Überschreiten definierter Beobachtungsmarken Ad-hoc-Berichte erstellt, die bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Auf Basis der aktuellen Ergebnisvorschau und des Risikoberichtes werden Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Die Gesamtbanksteuerung wird bestimmt durch die Verbindung von internen Steuerungsgrößen, die ökonomisch

ausgerichtet sind, und externen Größen, die zum Beispiel durch handelsrechtliche oder aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt sind. Die integrierte Betrachtung beider Sichten erlaubt eine gezielte Steuerung.

Die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risikoarten werden regelmäßig überprüft, kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den aufsichtsrechtlichen sowie bankinternen Anforderungen und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, sodass die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems gewährleistet ist. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagementaktivitäten werden gemäß den MaRisk durch die Interne Revision geprüft.

III.1.3 Stresstests

Im Rahmen der regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoquantifizierung werden auch umfangreiche Stresstests durchgeführt, in denen die Auswirkungen ungewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf den Geschäftsbetrieb der Sparda-Bank Hannover eG simuliert werden.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Angesichts der Geschäftsstruktur beziehen sich die Marktpreisrisiken auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen, auf Kursveränderungen im Direktbestand sowie in Spezial- und Immobilienfonds. Das Zinsänderungsrisiko stellt die bedeutendste Risikoart innerhalb des Marktpreisrisikos dar.

Die Fristentransformation ergibt sich im Wesentlichen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite, sodass sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen auf den Unternehmenserfolg der Sparda-Bank Hannover eG niederschlagen. Die Zinsänderungsrisiken misst und steuert die Sparda-Bank Hannover eG barwertig mit einem System, das die Risiken rechtzeitig erfasst und quantifiziert sowie diese auf die internen Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite sind so festgesetzt, dass Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Risikotragfähigkeit deutlich tangiert wird.

Risiken der strategischen Asset Allokation

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation wurden zur weiteren Diversifizierung Risiken in Aktien- und Rentenfonds aufgebaut. Aktien- und Rentenfonds werden in einem Spezialfonds aggregiert. Zudem werden Immobilienfonds in der strategischen Asset Allokation gehalten, die jedoch separat gesteuert werden.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die Sparda-Bank Hannover eG stellt sicher, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen definierter Limite getätigt werden.

Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiertes System begrenzt.

Ein Handelsbuch im Sinne der CRR unterhält die Sparda-Bank Hannover eG nicht. Die genutzten Finanzinstrumente dienen der Anlage oder Absicherung im Rahmen der Zinsbuchsteuerung.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Unter Adressenrisiken werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall oder eine Bonitätsverschlechterung eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Die Sparda-Bank Hannover eG unterscheidet zwischen klassischem Adressenausfallrisiko des Kundenkreditgeschäftes sowie dem Kontrahenten- und Emittentenrisiko des Eigengeschäftes.

Die Adressenrisiken werden zusätzlich zu den internen Limiten aufsichtsrechtlich durch Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR begrenzt.

Alle Kreditnehmer werden nach bankinternen Beurteilungskriterien in Risikogruppen eingestuft. Dazu nutzt die Sparda-Bank Hannover eG externe und interne Ratings. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumen und Blankoanteilen ausgewertet und in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Die Einstufungen werden regelmäßig überprüft und in einem vierteljährlichen Risikobericht dargestellt.

Dieser Quartalsbericht gibt unter anderem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen, Rating und Besicherung.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäftes bestehen beispielsweise Limite hinsichtlich des risikorelevanten Geschäftes oder des Ratings im Bestand und Neugeschäft.

Das Adressenrisiko aus Ausfall- und Migrationsrisiko wird innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Kundengeschäft (KPM-KG) der parclT GmbH ermittelt.

Eigenanlagen

Bevor mit einer Adresse im Direktbestand des Eigengeschäftes Handelsgeschäfte durchgeführt werden, ist ein Votierungsprozess zu durchlaufen, der mindestens einmal jährlich wiederholt wird. Zur Begrenzung der Adressenrisiken im Eigengeschäft werden Direktanlagen grundsätzlich nur bei deutschen Emittenten in EUR getätigt. Wertpapieranlagen bei nicht-deutschen europäischen Emittenten erfolgen im Rahmen eines Spezialfonds.

Zur Risikodiversifizierung sind die einzelnen Engagements jeder Kreditnehmereinheit in der Höhe limitiert. Dabei müssen diese Anlagen bzw. Emittenten beim Erwerb von international anerkannten Ratingagenturen beurteilt und mindestens mit einem Investment Grade Rating eingestuft worden sein. Die externen Ratings werden durch interne Risikoüberwachungsmechanismen begleitet.

Zur Gewährleistung eines unter Bonitäts Gesichtspunkten soliden Eigengeschäftes gelten neben den emittentenbezogenen Limiten auch Strukturlimite im Gesamtbestand für Anlagen außerhalb Deutschlands sowie hinsichtlich des Ratings und der Besicherung. Ergänzend erfolgt eine Spreadüberwachung der zulässigen Emittenten und der im Bestand befindlichen Positionen.

Im Eigengeschäft werden Ausfall-, Spread- und Migrationsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die Risikoermittlung erfolgt innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Eigengeschäft (KPM-EG) der parclT GmbH.

Zur Umsetzung der strategischen Asset Allokation im Spezialfonds werden Fonds erworben. Diese werden mindestens einmal jährlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes und ihrer Wirksamkeit bezüglich der strategischen Asset Allokation analysiert.

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation finden indirekt auch Anlagen außerhalb Europas statt, die in der Höhe limitiert sind.

Die eingesetzten Risikomodelle sind hinreichend konservativ gewählt, um die sich daraus ergebenden Risiken in der Risikotragfähigkeit abzubilden.

Länderrisiken

Länderrisiken ergeben sich im Wesentlichen nur aus dem Eigengeschäft und werden durch Strukturlimite auf Basis des Gesamtbestandes gesteuert.

III.4 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können (Liquiditätsrisiken im engeren Sinne) oder wenn die Liquidität nur zu veränderten Marktpreisen beschafft werden kann (Refinanzierungskostenrisiko).

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Zudem ist für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan implementiert.

Zur Vermeidung des Risikos der Illiquidität ist u. a. die aufsichtsrechtlich definierte LCR (Liquidity Coverage Ratio – Mindestliquiditätsquote) einzuhalten. Die LCR fungiert als Kennzahl des kurzfristigen Liquiditätsrisikos jedes Kreditinstitutes und stellt das Verhältnis zwischen liquiden Aktiva und möglichen Zahlungsabflüssen der nächsten 30 Tage dar. Darüber hinaus ist die NSFR (Net Stable Funding Ratio) zur Einhaltung einer stabilen Refinanzierung täglich einzuhalten.

Die Finanzplanung der Sparda-Bank Hannover eG ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Im genossenschaftlichen Finanzverbund stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen aufzufangen. Ergänzend können bei der EZB qualitativ hochwertige und im Volumen angemessene Wertpapierbestände im Pfanddepot vorgehalten werden.

Darüber hinaus ist im steuerungsrelevanten Szenario ein Mindestzeitraum einzuhalten, um verstärkte Zahlungsmittelabflüsse ohne finanzielle Hilfe Dritter durch Vorhalten ausreichender liquider Mittel zu überstehen (Überlebenshorizont/Survival Period).

Die Liquiditätsübersicht basiert auf Annahmen der Ergebnisvorschau und berücksichtigt liquiditätsspezifische Charakteristika der Produkte. Die Erstellung erfolgt innerhalb von VR-Control. In der Liquiditätsübersicht werden die erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse gegenübergestellt. Die schon entstandenen und die sich aus den möglichen Refinanzierungsnotwendigkeiten ergebenden zukünftigen Refinanzierungskosten werden über ein geeignetes Kostenverrechnungssystem im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt.

Aus der Liquiditätsübersicht werden zusätzlich Risikoszenarios insbesondere im Rahmen der Stresstests abgeleitet. Diese Risikoszenarios berücksichtigen verstärkte Zahlungsmittelabflüsse durch Abschmelzung der Einlagen oder verstärkten Abruf eingeräumter Kreditlinien.

Das ökonomische Liquiditätsrisiko zeigt den möglichen Verlust des Liquiditätskostenbarwertes auf, wenn sich das Verhältnis zwischen risikoloser Zinskurve (Swap) und Pfandbriefkurve ändert.

III.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Gefahren von Verlusten, die in betrieblichen Systemen und Prozessen (inkl. IT-Systemen, Projekten und ausgelagerten Aktivitäten) begründet liegen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Es wurden Steuerungsinstrumente für das Management operationeller Risiken entwickelt, die eine regelmäßige Analyse und Identifizierung von Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten von Prozessen liefern.

Die Ablaufprozesse der Sparda-Bank Hannover eG und die Funktionsfähigkeit der technischen Systeme werden laufend den internen und externen Erfordernissen angepasst. Die wesentlichen betrieblichen Abläufe sind in Arbeitsanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision überwacht. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgeschirmt.

Bei der Umsetzung der Anforderungen aus § 25h KWG wurde die Sparda-Bank Hannover eG durch die Sparda-Bank Hamburg eG unterstützt. An diese Genossenschaft ist seit dem 01. Januar 2023 die Funktion der Zentralen Stelle gemäß § 25h Abs. 7 KWG (Beauftragter zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Finanzsanktionsverstößen und vermögensgefährdender strafbarer Handlungen) ausgelagert.

Die Ermittlung und Abbildung operationeller Risiken in der Risikotragfähigkeit erfolgt anhand von internen Risikoeinschätzungen im Rahmen eines Self-Assessments bzgl. der Geschäftsprozesse, der Risiken der IKT-Systeme der Projekte sowie der Auslagerungen. Dabei findet das System agree21ORM Anwendung.

III.6 Weitere Risiken

III.6.1 Immobilienpreisrisiken

Im Rahmen der Eigengeschäftsstrategie wurden Immobilienfonds erworben und in einem Spezialfonds gebündelt.

Aufgrund des Umfangs an Immobilienfonds wird das Risiko im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit separat gesteuert.

Analog zum sonstigen Eigengeschäft durchlaufen die einzelnen Zielfonds vor Zeichnung einen Votierungsprozess, der jährlich aktualisiert wird. Durch die Zeichnung verschiedener Zielfonds wurde eine Diversifizierung hinsichtlich Branchen, Ländern und Nutzungsart erreicht, um mögliche Risikokonzentrationen zu minimieren.

Die Zentrale der Sparda-Bank Hannover eG am Ernst-August-Platz in Hannover befindet sich mittelbar zu 100 Prozent im Besitz der Sparda-Bank Hannover eG.

Immobiliengeschäfte gemäß MaRisk BTO 3 werden nicht betrieben.

III.6.2 Beteiligungsrisiken

Beteiligungen bestehen nur innerhalb des genossenschaftlichen Verbundes und haben strategischen Charakter bzw. stellen Pflichtbeteiligungen dar. Sie folgen keiner Renditeabsicht.

Die Risikoermittlung erfolgt mithilfe des Tools BETRIS der parclT GmbH.

III.6.3 Strategische und Geschäftsrisiken (Vertriebs- und Betriebsrisiken)

Als Strategische und Geschäftsrisiken werden insbesondere die Risiken im Geschäftsbetrieb, d.h. Abweichungen im Kundengeschäft definiert, die aus einer Unterschreitung der geplanten Erträge durch Volumen- und Margenabweichungen sowie im Provisionsergebnis oder einer Überschreitung der geplanten Betriebsaufwendungen entstehen oder durch eine Kombination beider Effekte eintreten können.

Die Wirkungen des Risikos werden im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit im adversen Szenario oder in Stresstests gezeigt. Dagegen wird das Vertriebs- und Betriebsrisiko in der ökonomischen Risikotragfähigkeit nicht abgebildet, da in dieser Sicht nur die Risiken des aktuellen Bestandes ohne erwartetes Neugeschäft betrachtet werden.

III.6.4 Modellrisiken

Alle in der Risikotragfähigkeit abgebildeten Risiken ergeben sich aus der Verwendung von Modellen. Es besteht ein Modellrisiko, wenn die zugrunde liegenden Annahmen und Algorithmen sich von der tatsächlichen Entwicklung unterscheiden.

Zur Minimierung des Modellrisikos werden etablierte Verfahren und Modelle eingesetzt, die einer regelmäßigen Validierung und Angemessenheitsüberprüfung unterzogen werden. Die Validierung der eingesetzten Modelle und Verfahren erfolgt grundsätzlich zentral durch die parclT GmbH.

Darüber hinaus werden Modellrisiken für Marktpreis-, Adressen- und Immobilienrisiken ermittelt und bei der jeweiligen Risikoart auf das Risikolimit angerechnet.

III.6.5 ESG-Risiken

Das ESG-Risiko wird in der Risikosteuerung als querschnittliche Risikoart verstanden, deren Wirkung sich in den klassischen Risikoarten zeigt. Derzeit existieren noch keine ausreichenden und mit entsprechender Qualität versehenen Zeitreihen, um daraus Risikomodelle zu entwickeln. Daher werden im Rahmen von Szenarioanalysen Ursache-Wirkungs-Ketten aufgestellt, um die wesentlichen Stellhebel zu identifizieren. Im Rahmen des Risikoberichtes werden die ESG-Einstufungen im Kunden- und Eigengeschäft sowie die Erreichung der internen ESG-Ziele aufgezeigt.

III.6.6 Weltweite Krisen

Die Auswirkung der weltweiten Krisen, politischen Spannungen und geopolitischen Gefahrenherde waren auch im letzten Jahr in vielen Bereichen gleichermaßen spürbar. Die globalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen bleiben dynamisch und stellen weiterhin eine Herausforderung dar. Die Sparda-Bank Hannover eG begegnet diesen Unsicherheiten mit einer soliden Eigenmittelausstattung und einer flexiblen Steuerung, sodass auch zukünftige Wertänderungen erfolgreich abgedeckt werden können.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Nach zusammenfassender Betrachtung kann festgestellt werden, dass zurzeit keine existenzgefährdenden Risiken bestehen. Darüber hinaus ist die Sparda-Bank Hannover eG in der Lage, aufgrund ihres vorhandenen Risikodeckungspotenzials beim Auftreten von Risikofaktoren einen entsprechenden Ausgleich zu bewirken.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet in den nächsten Jahren einen unverändert anhaltenden harten Wettbewerb im Kundengeschäft.

Das Wachstum der Kundeneinlagen soll nun konsolidiert werden. Dies soll durch konsequente und aktive Kundenansprache in eine nachhaltige Kundenbeziehung erreicht werden.

Auf Basis der getroffenen Planungsannahmen wird sich die Bilanzsumme in den kommenden beiden Jahren auf dem aktuellen Niveau mit leichter Tendenz nach oben bewegen. Das Kundeneinlagevolumen wird nach dem deutlichen Anstieg im letzten Jahr konsolidiert werden. Das Kundenkreditvolumen soll mit einer Steigerung von über 4 Prozent wachsen.

Die Eigengeschäfte unterstützen und ergänzen die Kundengeschäfte. Die bedeutendste Risikoklasse Zinsbuch wird passiv, d. h. benchmarknah im Rahmen eines Abweichungslimits, gesteuert. Weitere Risikoklassen wie Aktien oder Immobilien werden wie bisher über Fonds abgebildet.

In den Planungsrechnungen wird grundsätzlich eine Prolongation des Wertpapierbestandes unterstellt, sodass von einem konstanten Verlauf auszugehen ist.

Innerhalb der Weiterentwicklung der strategischen Asset Allokation wird die Mischung verschiedener Risikoklassen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Anforderungen an den Geschäftsbetrieb sind gerade aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in den nächsten Jahren von einem hohen Anspruch an die Kundenzufriedenheit bei gleichzeitiger kostengünstiger Leistungserstellung und schneller Abwicklung geprägt.

Die Bank ist daher bestrebt, ihre Effizienz dauerhaft zu steigern, indem sie die Produkte und Prozesse – stets mit Blick auf den Kunden – digitalisiert, optimiert und automatisiert. Hierzu betreibt sie eine ständige Ertragssteuerung und ein aktives Kostenmanagement.

Die aktuelle Steilheit der Zinsstrukturkurve ist förderlich für das Geschäftsmodell. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg des Zinsergebnisses ohne laufende Erträge in Höhe von etwa 3 Mio. EUR erwartet.

Auf Basis der Planung wird für 2026 ein ähnliches Provisionsergebnis wie 2025 erwartet.

Kostensteigerungen durch z. B. den Auf- und Ausbau von Datenmodellen zur Nutzung von Tools mit künstlicher Intelligenz sowie Umbau der zentralen Systemarchitektur des Rechenzentrums (neues Betriebsmodell der Atruvia) erhöhen den Verwaltungsaufwand ebenso wie erhöhte Beiträge zu Sicherungseinrichtungen um etwa 3 Mio. EUR.

Die Fokussierung auf das Baufinanzierungsgeschäft bietet weiterhin Wachstumsperspektiven. Dank der bestehenden Limitierung, der hohen Granularität des Portfolios und der soliden Reserven ist die Sparda-Bank Hannover eG gut aufgestellt, um potenzielle Ausfälle erfolgreich zu bewältigen und Chancen im Marktumfeld zu nutzen.

Aufgrund der guten Bonität der Eigenanlagen und des geltenden Systems an Struktur- und Emittentenlimiten erwartet die Sparda-Bank Hannover eG keine erhöhten Ausfallrisiken im Eigengeschäft.

Es wird erwartet, dass das Bewertungsergebnis aus Kunden- und Eigengeschäft unter Annahme konstanter Marktdaten sich auf dem Niveau des Vorjahres hält und im positiven Bereich verbleibt. Selbst bei sich weiter verschärfenden Marktdaten steht den ermittelten Risiken ausreichend Risikodeckungsmasse gegenüber.

Die geltenden aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an Kapital, Liquidität, Verschuldung, Kreditqualität usw. werden auch in den kommenden Jahren deutlich eingehalten werden.

Die bisher gute Eigenmittelausstattung soll auch in Zukunft aus dem Ergebnis weiter nachhaltig gestärkt werden. Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet damit zusammenfassend in den beiden nächsten Geschäftsjahren trotz aller Vorsicht eine positive Geschäftsentwicklung. Die größten Unsicherheiten bestehen in einer weiteren Eskalation oder Zunahme weltweiter Krisen.

Auch bei einer möglichen konjunkturellen Abschwächung ist die Sparda-Bank Hannover eG durch ihr vorausschauendes Risikomanagement in der Lage, frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Ergebnis- und Risikosteuerung zu ergreifen und so die Stabilität des Geschäftsmodells zu sichern. Daher werden diese Entwicklungen fortlaufend beobachtet, sodass daraus Maßnahmen zur Ergebnis- und Risikosteuerung abgeleitet und umgesetzt werden können.

Mit allen Geschäftsaktivitäten will die Sparda-Bank Hannover eG weiter nachhaltig Eigenmittel schaffen, um weiterhin eine langfristige Existenzsicherung, auch unter den verschärften regulatorischen Anforderungen, zu ermöglichen. Von grundlegender Bedeutung bleibt das zinsabhängige Kundengeschäft.

Die Überprüfung der Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells erfolgt u. a. im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit (Kapitalplanung). Anhand von Szenarioanalysen für das aktuelle und die folgenden drei Kalenderjahre werden mögliche Entwicklungen der Ergebnis- und Vermögenslage aufgezeigt. Daraus können bei Bedarf frühzeitige Gegensteuerungsmaßnahmen abgeleitet werden.

Die größten Chancen für das Geschäftsmodell ergeben sich, wenn das Zinsniveau auf dem aktuellen Niveau verbleibt – bestenfalls eine noch stärkere Steilheit eintritt. Eine weitere Chance liegt in der Intensivierung der Vertriebsaktivitäten im Einlagen-, Baufinanzierungs- und Provisionsgeschäft.

Die größten Risiken ergaben sich bisher aus einem Niedrig- und Negativzinsniveau wie in der jüngeren Vergangenheit und parallel nachgebenden Aktienmärkten, zum Beispiel aufgrund anhaltender oder sich verstärkender geopolitischer Risiken wie die des gerade ausgebrochenen Krieges in Nahost. Die Sparda-Bank Hannover eG hat jederzeit die Möglichkeit, die strategische Ausrichtung zu überprüfen und wird bei Bedarf Maßnahmen einleiten, den Fortbestand des Geschäftsmodells zu sichern.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass, soweit vorstehend Prognosen oder Erwartungen geäußert wurden oder Aussagen die Zukunft betreffen, die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen hiervon abweichen können.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Hannover, 09. März 2026

Sparda-Bank Hannover eG

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Sparda-Bank Hannover eG hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand die Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2025 hat der Aufsichtsrat insgesamt fünf reguläre Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen und die strategische Ausrichtung der Bank.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Risiko- und Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Nominierungsausschuss sowie einen Vergütungskontrollausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten regelmäßig über ihre Tätigkeit in den Sitzungen des Aufsichtsrates.

Der vorliegende Jahresabschluss 2025 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Im Jahr 2026 scheidern turnusmäßig Frau Susanne Steinert, Herr Jörg Dreyer und Herr Thomas Hermann aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl ist zulässig.

Der Aufsichtsrat dankt den Vertreterinnen und Vertretern für ihre Unterstützung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand für die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2025.

Hannover, 05. Mai 2026



Susanne Steinert

Vorsitzende des Aufsichtsrates

Jahresabschluss 2025

Sparda-Bank Hannover eG
Hannover

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung (Formblatt 3 – Staffelform)
3. Anhang

1. Jahresbilanz zum 31.12.2025

Aktivseite	Geschäftsjahr			Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			26.983.981,43	20.486
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			22.225,39	41
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	22.225,39			(41)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			27.006.206,82	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–	–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–			(–)
b) Wechsel			–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			630.563.164,11	901.712
b) andere Forderungen			994.199.395,59	344.862
4. Forderungen an Kunden			3.125.665.163,06	3.003.737
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.009.673.476,36			(2.021.301)
Kommunalkredite	–			(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			(–)
ab) von anderen Emittenten		–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		37.813.432,08		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	37.813.432,08			(–)
bb) von anderen Emittenten		533.027.511,22	570.840.943,30	455.025
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	348.717.074,01			(262.483)
c) eigene Schuldverschreibungen			570.840.943,30	–
Nennbetrag	–			(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			427.161.624,49	427.162
6a. Handelsbestand			–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften				
a) Beteiligungen			9.354.566,50	9.355
darunter: an Kreditinstituten	9.146.662,44			(9.147)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–			(–)
an Wertpapierinstituten	–			(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			32.310,00	32
darunter: bei Kreditgenossenschaften	21.000,00			(21)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–			(–)
bei Wertpapierinstituten	–			(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			38.739.398,54	38.714
darunter: an Kreditinstituten	–			(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–			(–)
an Wertpapierinstituten	–			(–)
9. Treuhandvermögen			–	–
darunter: Treuhandkredite	–			(–)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			–	–
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–	–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			38.168,00	20
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–	–
d) Geleistete Anzahlungen			38.168,00	–
12. Sachanlagen			7.203.713,33	3.515
13. Sonstige Vermögensgegenstände			18.723.537,19	11.211
14. Rechnungsabgrenzungsposten			111.514,06	191
15. Aktive latente Steuern			–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung			336.817,00	164
17. –			–	–
Summe der Aktiva			5.849.976.521,99	5.216.227

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			15.624.878,31		197
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			150.218.842,19	165.843.720,50	167.729
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		761.612.566,94			884.948
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		628.167,44	762.240.734,38		840
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.698.448.156,54			2.514.358
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.701.212.215,30	4.399.660.371,84	5.161.901.106,22	1.126.237
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen					
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten					
darunter: Geldmarktpapiere					(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf					(-)
3a. Handelsbestand					
4. Treuhandverbindlichkeiten					
darunter: Treuhandkredite					(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				8.562.096,95	7.270
6. Rechnungsabgrenzungsposten				92.026,87	89
6a. Passive latente Steuern					
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			14.332.431,00		13.807
b) Steuerrückstellungen			285.835,13		1.592
c) andere Rückstellungen			12.880.310,35	27.498.576,48	15.188
8. –					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				8.124.230,13	30.425
10. Genusssrechtskapital					
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig					(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				215.225.068,46	203.122
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB					(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			84.144.060,00		76.279
b) Kapitalrücklage					
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		27.681.000,00			26.923
cb) andere Ergebnisrücklagen		143.192.000,00			139.661
cc) –			170.873.000,00		
d) Bilanzgewinn			7.712.636,38	262.729.696,38	7.562
Summe der Passiva				5.849.976.521,99	5.216.227

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.048.603,10		1.086
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				1.048.603,10	
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften					
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			137.272.696,36	137.272.696,36	108.889
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften					(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2025

	Geschäftsjahr			Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		107.511.630,76		114.139
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		15.884.068,21	123.395.698,97	16.860
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen		-		(-)
2. Zinsaufwendungen			-61.951.814,63	-57.841
darunter: erhaltene negative Zinsen	4.231,09			(3)
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			11.493.050,56	-
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			319.226,47	319
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-	-
5. Provisionserträge			27.033.375,99	27.013
6. Provisionsaufwendungen			-8.386.199,93	-8.024
7. Nettoertrag des Handelsbestands			-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			3.403.802,26	2.935
9. -			-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		-28.634.031,22		-27.755
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-6.788.354,37	-35.422.385,59	-6.417
darunter: für Altersversorgung	-1.381.415,84			(-1.509)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-31.671.551,23	-30.552
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-1.350.827,55	-1.038
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-748.931,86	-1.011
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-344.598,03		(- 546)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-1.364.832,79	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	1.477
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			1.784.476,48	4.837
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-	-
18. -			-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			26.533.087,15	34.942
20. Außerordentliche Erträge			-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-	-
22. Außerordentliches Ergebnis			-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-6.711.743,38	-11.071
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-6.005,74	-7
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			-12.102.701,65	-16.302
25. Jahresüberschuss			7.712.636,38	7.562
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-	-
			7.712.636,38	7.562
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-	-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-	-
			7.712.636,38	7.562
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage			-	-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-	-
			7.712.636,38	7.562
28a. -			-	-
29. Bilanzgewinn			7.712.636,38	7.562

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover, ist beim Amtsgericht Hannover unter der Genossenschaftsregister-Nummer 220 eingetragen.
- Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (Rech-KredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde eine Pauschalwertberichtigung gebildet.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden für Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen) Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlustes über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden auf Basis der im genossenschaftlichen Finanzverbund etablierten VR-Rating-Verfahren geschätzt. Die Annahmen zu Kredithöhen im Ausfallzeitpunkt, den zukünftigen Zahlungen und den Sicherheitenverwertungserlösen und -kosten basieren auf einem Loss Given Default Modell.

Als Voraussetzung für die Anwendung der Bewertungsvereinfachung ist im Rahmen der Kreditvergabepaxis sichergestellt, dass die Konditionenvereinbarung zum Zeitpunkt der Kreditvergabe unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Bonitätsprämie erfolgt, deren Höhe sich am erwarteten Verlust über die Restlaufzeit orientiert. Die Ausgeglichenheitsannahme wurde zum Bilanzstichtag überprüft. Die Ausgeglichenheit kann weiter angenommen werden, da die quantitative Zeitreihenanalyse aufzeigt, dass keine wesentlichen Ausreißer in der Veränderung der (Einzel-) Risikovorsorge vorhanden sind und die Konditionenfestsetzung unter Berücksichtigung der vorgegebenen Konditionentableaus erfolgt.

Die Risikovorsorgebeträge für die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden werden als Pauschalwertberichtigungen von den jeweiligen Aktivposten abgesetzt. Die für Eventualverbindlichkeiten sowie unwiderrufliche Kreditzusagen ermittelten Risikovorsorgebeträge werden von den Positionen unter dem Bilanzstrich abgesetzt und als pauschale Rückstellungen in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesen. Für widerrufliche Kreditzusagen erfolgt allein die Passivierung einer pauschalen Rückstellung in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c).

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Sowohl die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) als auch die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen des Agios an den niedrigeren Einlöschungskurs angepasst.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstrumentes wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, liegen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten/Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abzugsfähige Betriebsausgaben behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen erfolgte eine teilweise kongruente Bewertung. Vgl. hierzu Ausführungen in dem Abschnitt Rückstellungen.

Aktive latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasipermanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere sowie Rückstellungen. Passive Steuerlatenzen bestehen u. a. in der Position Anteile an verbundenen Unternehmen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Für die Berechnung latenter Steuern wurden in Abhängigkeit vom Zeitpunkt, in dem sich die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Wertansätzen voraussichtlich abbauen, Steuersätze von 27,10 Prozent bis 32,37 Prozent für Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Hierbei wurde die stufenweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes aufgrund des Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland berücksichtigt.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet.

Das Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 35.981.918 EUR entspricht den Anschaffungskosten und wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von 35.645.101 EUR saldiert. Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von 336.817 EUR aktiviert. Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit laufenden Erträgen sowie Erfolgsauswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens in Höhe von 821.765 EUR verrechnet. Der Saldo ist unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Pensionsanswartschaften wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit statischer Prämie berechnet. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, soweit relevant, sechs Prozent p. a. und als Rententrend allgemein zwei Prozent p. a. bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von einem Prozent p. a. in die Bewertung einbezogen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte entsprechend unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2025 entsprechend des für die Ermittlung des Rechnungszinses vorgeschriebenen Verfahrens (2,06 Prozent). Die Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre hätte im Vergleich zu einer um 391.118 EUR geringeren Rückstellung geführt.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden abweichend zum Ab-/Aufzinsungseffekt im Personalaufwand gezeigt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wurde eine teilweise kongruente Bewertung auf Basis eines faktorbasierten Bewertungsverfahrens (Deckungskapitalverfahren) vorgenommen. Im Zuge der Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen im Berichtsjahr mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung bewertet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuches einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuches resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert im Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Bei den zurechenbaren Gebühren- und Provisionserträgen werden Kontoführungsgebühren, Postenentgelte und Kartenentgelte, sofern die jeweilige Karte Bestandteil des Kontomodells ist, angesetzt. Gemäß einer differenzierten Schätzung wird der Anteil der Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte an den gesamten Verwaltungsaufwendungen ermittelt. Zukünftige Kostensteigerungen werden berücksichtigt. Bei der Bemessung der voraussichtlich noch anfallenden Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte werden Overheadkosten anteilig berücksichtigt.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2025 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen umfassen Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge für Kunden sowie unwiderrufliche Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Beträge werden mit ihrem Nominalwert ausgewiesen.

Die Risiken aus diesen Verpflichtungen werden im Rahmen des laufenden Kredit- und Risikomanagements überwacht. Grundlage der Risikoeinschätzung ist insbesondere die Bonität der Hauptschuldner sowie die Werthaltigkeit der bestellten Sicherheiten.

Erkennbare Risiken wurden durch Einzel- oder Pauschalrückstellungen berücksichtigt.

Eine Inanspruchnahme der Eventualverbindlichkeiten wird nach derzeitiger Einschätzung nicht erwartet. Der überwiegende Teil der Verpflichtungen wird voraussichtlich ohne Inanspruchnahme auslaufen. Bei den ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen gehen wir hingegen von einer überwiegenden Inanspruchnahme aus.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuches einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrages). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwandes). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag, ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	789.768	36.668	-	a) - b) -	826.436	38.168	19.923
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	18.968.401	5.066.650	-	a) 1.588.770 b) -	22.446.281	7.203.713	3.514.275
Summe a	19.758.169	5.103.318	-	a) 1.588.770 b) -	23.272.717	7.241.881	3.534.198

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	769.845	1	-	-	18.422	-	788.268
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	15.454.126	-	1.543.963	-	1.332.405	-	15.242.568
Summe a	16.223.971	1	1.543.963	-	1.350.827	-	16.030.836

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	422.547.904	21.253.174	443.801.078
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossenschaften	9.386.877	-	9.386.877
Anteile an verbundenen Unternehmen	38.714.399	25.000	38.739.399
Summe b	470.649.180	21.278.174	491.927.354
Summe a und b	490.407.349		499.169.235

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

→ In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.378.463.032 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	9.199.396	310.000.000	625.000.000	50.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	71.361.035	125.229.492	605.716.474	2.314.982.921

In den Forderungen an Kunden sind 8.375.241 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 50.392.688 EUR fällig.

→ In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	1.378.463.032	835.817.227
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	405.019.611	370.565.429

→ Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent (Bilanzposten A 6).

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
a) Renditeerwartung	185.035.704	202.089.160	17.053.456	11.493.051	Ja
b) Renditeerwartung	242.125.920	245.526.554	3.400.634	–	Nein

Die Anlage zu „a)“ enthält eine Teilkomponente in Höhe von 35.000.000 EUR bei der eine tägliche Rückgabe nicht möglich ist.

→ Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Hannover Immobilien GmbH, Hannover	100	2025	60.611	2025	1.930
b) 1. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2025	44.401.431	2025	-9.274
c) 2. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2025	49.407.576	2025	1.215.269

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs.5 HGB i. V. m. § 296 Abs.2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	0,07	2024	10.735.097.055	2024	424.480.830
b) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Hannover	0,04	2025	1.363.312.646	2025	66.854.223

→ In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	570.840.943	529.007.287	41.833.656	-
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	207.904	-	207.904	

→ In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.203.713

→ Bei den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
- Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	5.935.310

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere b) bb) Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	41.833.656	41.938.419

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 165.843.721 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	11.365.908	6.054.171	30.168.942	102.629.821
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	276.894	–	308.891	42.382
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	233.014.873	977.277.575	490.777.605	142.162

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Bei den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
– Personalaufwand und Lohnsteuer	1.831.834
– Steuern (Abgeltungsteuer, KiSt, SolZ)	1.085.343

- Bei den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten:

	EUR
– Personalaufwand und Lohnsteuer	1.831.474

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 378.697 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
	8.000.000	EUR	2,600	28.05.2027

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Ursprungslaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 12 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

→ In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	165.843.721	167.729.352

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	12.447.100	10.765.319

→ Die im gezeichneten Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		81.472.872
b) der ausscheidenden Mitglieder		2.626.260
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		44.928
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	-	

→ Die Ergebnisrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 01. Januar 2025	26.923.000	139.661.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	758.000	3.531.000
Stand 31. Dezember 2025	27.681.000	143.192.000

→ Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 4,500 %	3.538.636,38
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	793.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	3.381.000,00
Insgesamt	7.712.636,38

→ Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestandes

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC - Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	165,0	673,0	775,0	1.613,0	44,3	19,7

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ bei den Zins-Swaps wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen. Dabei wurden Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Sofern es sich um durch die Sparda-Bank Hannover eG kündbare Zins-Swaps handelt, wurde bei der Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ zusätzlich das Kündigungsrecht unter Anwendung anerkannter Optionspreismodelle berücksichtigt. Danach bestimmt sich der Wert einer Option insbesondere nach dem Wert des zugrunde liegenden Basisobjektes und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontraktes.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Erläuterungen sind hierzu nicht veranlasst.

E. Sonstige Angaben

- Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 300.603 EUR.
- Die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebenen erhielten 1.053.947 EUR.
- Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31. Dezember 2025 Pensionsrückstellungen in Höhe von 20.112.663 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen sowie die Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	981.330
Mitglieder des Aufsichtsrates	19.598

- Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen-, und Girogeschäftes vorgenommen.
- Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. aus der Zugehörigkeit zum Garantieverbund durch Abgabe einer Garantieerklärung in Höhe von 9.275.056 EUR.
- Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Instituts-sicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstitutes im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.
- Die Zahl der im Jahr 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	237,00	182,00

Außerdem wurden durchschnittlich 22,00 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

Mitgliederbewegung	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang 2025	180.010	1.405.039
Zugang 2025	2.657	213.473
Abgang 2025	7.049	51.726
Ende 2025	175.618	1.566.786

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	8.410.844
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	-

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.
 Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
 60327 Frankfurt/Main

- Mitglieder des Vorstandes:

André-Christian Rump (Vorsitzender)	Geschäftsleiter
Jochen Ramakers (stellvertretender Vorsitzender)	Geschäftsleiter
Niclas Bychowski	Geschäftsleiter

→ Mitglieder des Aufsichtsrates:

Susanne Steinert
(Vorsitzende)

Betriebsratsvorsitzende
DB InfraGo AG, Region Nord

Sven Hitz
(stellvertretender Vorsitzender)

Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Katrin Becker

Fachreferentin HR Operations HR Administration
Deutsche Bahn AG

Tina Bohnsack
(ab 17. Juni 2025)

Fachtrainerin für Bahnbetrieb
Deutsche Bahn AG, DB Training

Jörg Dreyer

Lokbetriebsinspektor, Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Jürgen Goldberg
(bis 31. März 2025)

Landesreferent für Kriminalprävention
Landeskriminalamt Niedersachsen

Thomas Hermann

Bürgermeister/stellvertretender Ratsvorsitzender
der Landeshauptstadt Hannover

Torsten Rathsmann

Vorsitzender Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Prof. Dr. Bodo von Rügen

Professor im Ruhestand
Hochschule Bielefeld

Dominic Sauer

Leiter Instandhaltung AiM Netz Bremen
DB InfraGo AG

Hannover, 2. März 2026
(Ort, Datum)

Sparda-Bank Hannover eG
(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hannover eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 3.126 Mio. EUR. Dies entspricht 53,4% der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs.2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.
Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.

→ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 05. Mai 2026

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

Dankeschön

Wir sprechen unseren aufrichtigen Dank gegenüber allen Partnern aus, die uns im Geschäftsjahr 2025 zuverlässig begleitet und unterstützt haben.

Unser besonderer Dank gilt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die täglich unser Motto „freundlich & fair“ leben und mit ihrem Engagement maßgeblich zum Erfolg beitragen.

Ebenso danken wir unseren Aufsichtsratsmitgliedern, die unsere Interessen wachsam und verantwortungsvoll vertreten.

Für das entgegengebrachte Vertrauen danken wir unseren Kundinnen und Kunden, unseren Mitgliedern und allen, die uns verbunden sind.

Unser Dank gilt darüber hinaus unseren langjährigen Kooperationspartnern, insbesondere der DZ Bank AG, der Deutschen Bahn AG und dem Bundeseisenbahnvermögen.

Ebenso danken wir unseren Partnern: Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, CHECK24 GmbH, Credit Life AG, DEVK Versicherungen, Dr. Klein Privatkunden AG, Finmas GmbH, GENO Broker GmbH, Hypoport AG, Interhyp-Gruppe, Qualitypool GmbH, Raisin SE, Reisebank AG, Starpool Finanz GmbH, Teambank AG und Union Investment AG.

Unserem Dachverband, dem Verband der Sparda-Banken e. V. in Frankfurt am Main, danken wir für die partnerschaftliche Unterstützung im Jahr 2025 sowie den Einsatz für unsere gemeinsamen Interessen.

Unsere Standorte



- | | | |
|-----------------------------------|-------------------------------------|--------------------|
| 1. Bremerhaven (SB) | 12. Hannover,
Ernst-August-Platz | 22. Hildesheim |
| 2. Bremen,
Contrescarpe-Center | 13. Hannover (SB) | 23. Hameln |
| 3. Bremen (SB) | 14. Hannover (SB) | 24. Minden |
| 4. Bremen (SB) | 15. Hannover (SB) | 25. Herford (SB) |
| 5. Bremen (SB) | 16. Hannover (SB) | 26. Bielefeld |
| 6. Bremen (SB) | 17. Lehrte (SB) | 27. Detmold (SB) |
| 7. Delmenhorst (SB) | 18. Wolfsburg (SB) | 28. Gütersloh (SB) |
| 8. Uelzen (SB) | 19. Wolfsburg
(Beratungscenter) | 29. Goslar (SB) |
| 9. Celle | 20. Braunschweig | 30. Northeim (SB) |
| 10. Langenhagen | 21. Wolfenbüttel (SB) | 31. Göttingen |
| 11. Seelze (SB) | | |

Stand: März 2026

Impressum

Herausgeber
Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100
sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de

Gestaltung und Herstellung
PEPE berlin
Wolfener Str. 32-34, Haus M
12681 Berlin

Druck
Printmedien Biewald GmbH & Co. KG
Lägenfeldstraße 8
30952 Ronnenberg

Quellennachweis Bilder
Seite 3 Karin Poltoraczyk

Kontakt
Sparda-Bank Hannover eG
Unternehmenskommunikation
kommunikation@sparda-h.de

Sparda-Bank Hannover eG

Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 30 18-0
Telefax: 0511 30 18-100

sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de

